

Raus aus Afghanistan?

Wer zu früh geht, den bestraft das Leben

Von Berndt Georg Thamm

Im Herbst stimmt der Bundestag über die Verlängerung des Afghanistanmandats der Bundeswehr ab. In Relation zu den Vorjahren wird jedoch wie nie zuvor über die Mission am Hindukusch politisch diskutiert; gibt es für Deutschland doch mittlerweile drei Mandate, über die unsere Parlamentarier neu entscheiden müssen:

Wie soll es weitergehen in Afghanistan? Dass die internationale Mission am Hindukusch bislang nicht die Erfolge gebracht hat, die man sich erhoffte, schürt gegenwärtig die Diskussionen: Was haben wir in Afghanistan verloren? Wir sollten uns da raus ziehen – so die einen. Andere wiederum sehen in einer Verlängerung der Bundeswehr-Mandate und sogar in einer Aufstockung der Truppen eine realistische Erfolgchance.

Der Terrorismus-Experte Berndt Georg Thamm beleuchtet 6 Jahre nach den Anschlägen des 11. September das aktuelle Afghanistan-Problem und die gegenwärtige Diskussion um die deutsche Präsenz am Hindukusch.

vom Bundesverfassungsgericht (BVerfG) gebilligt.

Während der Bundeswehreinsatz in Afghanistan in jedem Jahr 450 Millionen Euro kostet, so Bruno Schoch von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung im Juni, seien bislang für den zivilen Aufbau jährlich nur 80 Millionen Euro ausgegeben worden – inklusive Polizei.



Ein deutscher Polizist spricht am 30. April 2007 in der von der deutschen Polizei geleiteten Schule in Kabul mit Polizeischülern. Foto: dpa

„Militärs als Ersatz für Politik und Verwaltung: Eine Totgeburt. Kein Soldat der Welt ist ausgebildet, um zivile, politisch-administrative Strukturen aufzubauen. Deshalb waren alle ausländischen Soldaten nicht nur in Afghanistan von Anfang an strukturell überfordert. Sie müssen und sie werden politisch scheitern, auch beim außen-gesteuerten Neuaufbau. ...“

Es reicht nicht, hineinzugehen. Man muss wissen, für welches politische Ziel man wo wie lange bleibt und vor allem, wie man wieder herauskommt.“

Michael Wolffsohn, Professor an der Bundeswehr-Universität in München im November 2006

Die Afghanistanmandate der Bundeswehr

Diese beinhalten:

Erstens ein Kontingent für die US-geführte „Operation Enduring Freedom“ (OEF), mit bis zu 100 Elitesoldaten des Kommandos Spezialkräfte (KSK). Das OEF-Mandat umfasst auch Marineeinheiten am Horn von Afrika. Darüber hinaus ist die Bundesmarine im Rahmen der

Bekämpfung des Internationalen Terrorismus seit Oktober 2001 an der Operation Active Endeavour (OAE) beteiligt, zu deren Aufgaben die Überwachung des Seeverkehrs im Mittelmeer gehört.

Zweitens die von der NATO-geführte Schutztruppe „International Security Assistance Force“ (ISAF) mit derzeit 3.054 Bundeswehrsoldaten. Die deutschen ISAF-Kräfte sichern vornehmlich in Nordafghanistan militä-

risch die zivile Aufbauhilfe (Strategie der vernetzten Sicherheit). Für diese Aufgabe lässt das Mandat bis zu 3.500 Soldaten zu.

Drittens werden zurzeit 179 Aufklärungsflüge deutscher Tornados benötigt. Vom Standort Masar-i-Sharif fliegen seit Mitte April sechs Maschinen pro Tag maximal zwei NATO-Aufklärungseinsätze. Die Flüge gehören zum ISAF-Einsatz. Ihre Rechtmäßigkeit wurde Anfang Juli

Deutschlands Rolle beim Aufbau der Polizei Afghanistans

Deutschland hatte im April 2002 die Führungsrolle beim Aufbau der Polizei Afghanistans übernommen. In den nachfolgenden fünf Jahren bildeten die polizeilichen Berater rund 4.000 Polizeioffiziere aus, weitere 14.000 Afghanen durchliefen die Fortbildungen.

Für diese zivile Aufgabe hatten Bund und Länder insgesamt rund 60 Millionen Euro aufgebracht. Im Mai übergab Deutschland die Führungsrolle des Polizeiaufbaus an die Europäische Union. Die weitere Beteiligung der deutschen Polizei an der neuen EU-Mission wurde Anfang Juni vom Bundeskabinett beschlossen. Seit Mitte Juni sind mit 160 zusätzlichen Polizeiausbildern fünfmal mehr im Einsatz als vorher.

Noch ist Afghanistan von einer landesweiten Befriedung weit entfernt. Deutschland, so jüngst der ehemalige Verteidigungsminister und heutige SPD-Fraktionschef Peter Struck, müsse sich noch mindestens zehn Jahre am Hindukusch engagieren.

Mission Afghanistan – utopische Mission?

Insbesondere in den letzten zwei Jahren sind die Zweifel gewachsen, ob sich die ursprünglichen Ziele des Westens in Afghanistan noch umsetzen lassen. Zur Erinnerung: Vom 31. März bis 1. April 2004 fand in Berlin die 3. Internationale Afghanistan-Konferenz statt. Regierungsdelegationen aus 56 Ländern bekannnten sich in einer „Berliner Erklärung“ zur „Vision eines sicheren, stabilen, freien, prosperierenden und demokratischen Afghanistan“. Um dieses Ziel zu erreichen, verpflichteten sie sich zu „dauerhaften Anstrengungen für die Sicherheit, wirtschaftliche Entwicklung, politische Neuordnung und Bekämpfung des Drogenhandels“. Gut drei Jahre nach dieser Verpflichtungserklärung fällt die Bilanz bitter aus:

Das Risiko für Leib und Leben der Soldaten wird eher höher als geringer. Bisher fielen 25 Bundeswehrsoldaten in Afghanistan, 11 davon durch Fremdeinwirkung.

Die afghanische Polizei ist noch immer schwach, nicht selten korrupt und bei der eigenen

Bevölkerung übel beleumdet. Ihrer Aufgabe, die innere Sicherheit zu gewährleisten, ist sie auf Jahre nicht gewachsen.

Durch mangelnden Schutz sind die Fortschritte beim Wiederaufbau des Landes mäßig. Dafür ist die Drogenbekämpfung in Afghanistan außer Kontrolle geraten. In ihrem Ende Juni veröffentlichten „Welt-Drogen-Report 2007“ stellte das United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) fest, dass alle bisherigen internationalen Erfolge im Kampf gegen den Schlafmohnanbau durch die Entwicklung in Afghanistan (Anbaufläche 2006: 165.000 ha, Opiumernte: 6.610 t) praktisch zunichte gemacht werden.

Last not least scheint es jenseits des Kreises um den gewählten Präsidenten Hamid Karsai kaum jemanden zu geben, der einen funktionsfähigen Zentralstaat Afghanistan aufbauen will – mit Ausnahme der islamistischen Taliban.

Kein Wunder, dass vor diesem Hintergrund eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger (nach verschiedenen Umfragen) für den Abzug deutscher Soldaten aus Afghanistan plädiert: „Bundeswehr raus“, „Bringt die Soldaten heim“, „Germans, come home“.

Diese Grundstimmungen spiegeln sich – wenige Wochen

Diejenigen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die unter der gegenwärtigen Regierung der Ungläubigen ins Land gekommen sind, sind Werkzeuge der Regierung. Sie zerstören den Islam, daher sind alle ihre Aktivitäten verboten, sei es der Bau von Straßen, Brücken, Kliniken, Schulen, Madrasen oder anderem. Wenn eine Schule trotz Warnung nicht schließt, soll sie verbrannt werden.

Regularium Nr. 26 des Militärischen Regelbuchs der Taliban („Dschihadi Laayha“) 2006; Übersetzung Dr. Babak Khalatbari, KAS Team Asien, Kabul

vor der erneuten Entscheidung über die Verlängerung der Afghanistanmandate – auch in der Politik wider. Hier reicht die Bandbreite der Meinungen mittlerweile vom „unverzöglichen Abzug aller Truppen“ über „Teiltrückzug“ bis zur „Ausdehnung des Bundeswehreinsetzes“. Mit einem Wort – die Heimat-

der Deutschen Welthungerhilfe (DWHH), wurde auf seiner Inspektionsreise in der nordafghanischen Provinz Sar-e-Pul Opfer eines Terroranschlags. Nur zwei Tage später drohte die irakische Gruppe „Pfeile der Rechtschaffenheit“ Deutschland mit einer Videobotschaft den Tod ihrer Geiseln an, „wenn die deut-



Mützen von Polizeischülern liegen auf einem Tisch in der von der deutschen Polizei geleiteten Schule in Kabul. Foto: dpa

front eines der größten Truppenstellers in Afghanistan ist ins Wanken geraten.

Die tödliche Medienoffensive der Islamisten

Dies ist auch den militanten Islamisten, die den „ungläubigen Besatzern“ und der Karsai-Regierung als „Vasall des Westens“ einen asymmetrisch geführten Dschihad mit dem Ziel der Vertreibung aufzwingen, nicht entgangen. Dementsprechend sorgen sie mit Selbstmordattentaten, Anschlagsdrohungen und Geiselnahmen dafür, dass in der Heimatfront keine Ruhe einkehrt. In den letzten sechs Monaten sprachen Taliban-Kämpfer, al-Qaida-Ideologen und andere Dschihad-Terroristen mit diversen politischen Erpressungen eine mehr als deutliche Sprache.

Am 8. März wurde erstmals seit dem Sturz der Taliban Ende 2001 ein deutscher Entwicklungshelfer getötet. Der 65-jährige Dieter Rübling, Mitarbeiter

sche Regierung sich nicht aus Afghanistan zurückzieht“. Die Dschihadisten hatten am 6. Februar in Bagdad die 62-jährige Deutsche Hannelore Krause (die seit 40 Jahren in Irak lebt) und ihren 20-jährigen Sohn Sinan entführt. Nur Stunden später drohten am 10. März in einem im „Caliphate Voice Channel“ veröffentlichten Video Islamisten Deutschland und Österreich mit Anschlägen, wenn beide Länder ihre Truppen nicht aus Afghanistan abziehen würden. Hinter dem Kanal „Stimme des Kalifats“ steckt die „Global Islamic Media Front“ (GIMF), heute ein Sammelbecken von Online-Sympathisanten der al-Qaida-Führer. Das hochprofessionell gemachte Video zielte direkt auf deutsche Zuschauer und drohte indirekt: „Deutschland war bis vor kurzer Zeit ein sicheres Land.“ Selbige GIMF drohte Mitte April in einer Botschaft an SPIEGEL TV weitere Entführungen von Deutschen an; angeblich im Namen der Entführergruppe, die nur eine Forderung hätte: den Rückzug der Bundeswehr aus Afgha-

Wie der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Martin Jäger, kürzlich im ARD-Morgenmagazin sagte, habe man es nicht nur mit Anschlägen zu tun, sondern die Taliban arbeiteten auch sehr effizient mit dem Instrument der Propaganda. So beobachtete das „Medienkomitee“ der Taliban gezielt europäische Diskussionen, um darauf Einfluss zu nehmen. Angesichts der im Herbst anstehenden Bundestagsentscheidung zur Verlängerung der Bundeswehr-Einsätze in Afghanistan erwartet Jäger, dass nun Deutschland ins mediale Blickfeld der Taliban rücke.



Eine in Burka gekleidete Frau passiert von afghanischer Polizei gesicherten Checkpoint in Kabul (28.7.2007). Fotos (4): dpa

nistan. Am 19. Mai tötete ein Selbstmordattentäter mitten auf dem Tee-Markt im nordafghanischen Kunduz drei Bundeswehrsoldaten und sechs afghanische Zivilisten, verletzte weitere 19 Personen, darunter fünf Deutsche. Zu dieser „Märtyrer-Aktion“ bekannten sich die Taliban, die den Attentäter als „Mudjahedin-Helden“ im Internet feierten.

Am 6. Juni entging der Afghanistan besuchende Bundesverteidigungsminister Franz

Josef Jung durch knappe Warnung einem Attentat, das während seiner Fahrt vom Palast des Präsidenten Karsai zum Flughafen verübt werden sollte. Am 19. Juni strahlte der U S - S e n d e r ABC ein Video aus, das ihm in Pakistan zugespielt worden war. Es zeigte die „Abschlusszeremonie“ von rund 300 Kämpfern, die in einem Trainingslager in Waziristan für Terroranschläge vorbereitet worden waren. Zu ihnen sprach der Bruder des am 14. Mai getöteten Militärschefs der Taliban: „Diese Amerikaner, Kanadier, Briten und Deutsche kommen von weither hier nach Afghanistan. Warum sollen wir sie nicht verfolgen?“

Vier Wochen später wurde am 10. Juli Hannelore Krause nach 155 Tagen Geiselnhaft in Bagdad freigelassen. Ihre Entführer hatten ihr einen Text mitgegeben, den sie im TV-Sender al-Arabija verlas: „Ich bitte die Deutschen, Afghanistan zu verlassen und die deutsche Armee abzuziehen ... Wenn diese Forderung nicht erfüllt wird, werden sie meinen Sohn schlachten.“ Die Geiselnnehmer hatten auf dieser martialischen Formulierung bestanden. Am 18. Juli verschleppte eine den Taliban nahe stehende Gruppe in der Provinz Wardak die deutschen Bauingenieure Rüdiger Diedrich (44) und Rudolf Blechschmidt (62). Das jüngere Opfer wurde hingerichtet. In einem Ende Juli von al-Jazeera ausgestrahlten



Drohvideo wurde die andere Geisel gezwungen, eine Abzugsforderung deutscher und amerikanischer Truppen vorzulesen. Bis Mitte August war der entführte Aufbauhelfer noch am Leben.

Ob die Ideologen des Jihad glauben, dass sich durch diese tödliche Medienoffensive unsere Gesellschaft schneller zum Rückzug bewegen lässt, mag dahingestellt sein. Doch machen sie die Erfahrung, dass bei jedem Anschlag – ob auf Bundeswehr,



Auf Halbmast wehte die Bundesdienstflagge am 20.5.2007 vor dem Bundesverteidigungsministerium in Berlin.

Drei Soldaten der Bundeswehr waren am Tag vorher bei einem Anschlag auf eine Patrouille in Kunduz in Afghanistan getötet worden. Weitere Bundeswehrsoldaten wurden verletzt.

Polizei oder zivile Aufbauhelfer – Betroffenheit in der Gesellschaft ausgelöst wird. Jeder Sprengsatz wird – durch unsere Medien verstärkt – quasi in die Wohnzimmer der Bürger transportiert und erschüttert die Heimatfront.

Bundeswehr übt in Torgelow für Afghanistan-Einsatz. Bei einer Übung der Panzergrenadierbrigade 41 in Torgelow (Uecker-Randow-Kreis) am Dienstag (17.7.2007) bergen Soldaten die Verletzten nach einem simulierten Überfall von Angreifern auf einen Transportkonvoi. Die Soldaten bereiten sich auf einen bevorstehenden Afghanistan-Einsatz von November 2007 bis März 2008 vor. Derzeit betrifft das 1.200 der rund 4.000 Soldaten der Brigade. Trainiert wird besonders das Vorgehen bei Terroranschlägen auf einen Militärkonvoi.

Die Lage in Afghanistan war noch nie so schlecht

Bis 2005 schien die Mission Afghanistan erfüllbar zu sein. Im Laufe des Jahres 2006 verschlechterte sich jedoch die Lage dramatisch. NATO-Truppen und westliche Aufbauhelfer laufen Gefahr, die Kontrolle im Land völlig zu verlieren, so das Ergebnis einer im Februar 2007 in Washington vorgestellten detaillierten Studie der US-Agentur für Entwicklungshilfe (US Aid).

Afghanen leben heute weniger sicher als in den Jahren zuvor. Zwar wurde mehr Polizei (bisher 16.000 von den angestrebten 62.000) und Armee (30.000 von angestrebten 85.000 im Jahr 2010) ausgebildet, doch sind die Probleme mit Rekrutierung, Korruption und fehlender Kontrolle groß. Das Vertrau-

en der Bürger in die Regierung Karsai ist 2006 deutlich zurückgegangen.

Doch nicht nur der staatliche Schutz lässt zu wünschen übrig. Auch die Lage der NATO-Truppen in Afghanistan hat sich verschlechtert. Zum einen sterben bei Anti-Terror-Einsätzen mittlerweile mehr Zivilisten als durch die Terrorakte der Taliban. Deren Taktik, sich nach Angriffen in bewohnte Gebiete zurückzuziehen und die Zivilbevölkerung zum eigenen Schutz als „lebende Schilder“ zu nutzen, stellt die internationalen Truppen vor ein schier unlösbares Problem.

Zum anderen haben sich die Taliban neu aufgestellt und scheinen über einen fast unbegrenz-

Pflicht“ vorgeschrieben (s. Kastentext S.7). Ende 2006 kontrollierten die Taliban schon ein drei Mal so großes Territorium im Süden und Osten wie noch Ende 2005. Mit 140 Selbstmordanschlägen (zunehmend auch auf die von Ungläubigen ausgebildete Polizei) im Jahr 2006 versechsfachte sich deren Zahl gegenüber dem Vorjahr. Die Feuerüberfälle auf NATO-Truppen verdreifachten und die Angriffe auf afghanische Einheiten vervierfachten sich.

Ein halbes Jahrzehnt nach ihrem Sturz sind die talibanischen Gotteskrieger wieder ein ernst zu nehmender, hoch gefährlicher Gegner, die der „Strategie der vernetzten Sicherheit“ der ISAF/



Die afghanische Polizei vor der deutschen Botschaft in Kabul (21.7.2007).

ten Nachschub an Kämpfern auch aus dem nahen Pakistan zu verfügen. Fundamentalistische Orientierung gibt den Taliban ein 2006 erstelltes militärisches Regelbuch („Dschihadi Laayha“), das als eine „Anleitung für die Mudjahedin auf dem Weg Gottes des Islamischen Emirats Afghanistan“ verfasst wurde, um den geheiligten Krieg noch heiliger zu gestalten. In diesen Regularien ist auch die Zerstörung zivilen Aufbaus durch „Ungläubige“ als „Handlung nach religiöser und djihadistischer

OEF ihre „Strategie der Irakisierung des Djihad“ gegenüber stellen. Immer weniger Afghanen glauben an eine friedliche Zukunft ihres Landes und wollen ihre Heimat verlassen, so der Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Kabul, Babak Khalatbari, Anfang Juni in Berlin.

Trotz dieser düsteren Lage hält das Center for Strategic and International Studies (CSIS) in Washington den Krieg in Afghanistan (auch bei weiterer Lageverschlechterung 2007) noch für

gewinnbar, jedoch nur, wenn die Allianz mehr Truppen und Geld zur Verfügung stellt, um die lokale Bevölkerung durch spürbare Erfolge beim Wiederaufbau für sich zu gewinnen.

Derzeit ist die NATO mit knapp 40.000 Mann in Afghanistan präsent, etwa so viel wie bei der Befriedung des Kosovo, doch ist das Land am Hindukusch 65-Mal so groß. Wäre der Afghanistan-Einsatz so gut besetzt wie der im Kosovo, so Generalmajor Bruno Kasdorf, ISAF-Stabschef,

müssten 800.000 Mann am Hindukusch stehen. Nun, diese Größenordnung ist illusorisch. Also dann doch lieber den Abzug und Afghanistan den Afghanen überlassen?

Die „Gorbatschow-Linie“ – Lehren aus der Vergangenheit

Seit einem halben Jahrzehnt sucht Kabul mit Hilfe der Völkergemeinschaft das Land zu demokratisieren und mit Unterstützung der ISAF/OEF zu befrieden, was zum bewaffneten Widerstand von Taliban und anderen Djihadisten führte. Vor nicht einmal 30 Jahren suchte die damals sozialistische Regierung Kabuls das Land nach sowjet-



Fürchten. Nach einem halben Jahrzehnt war die größte militärische Operation der UdSSR seit Ende des Zweiten Weltkrieges zur „blutenden Wunde“ der Uni-

SPD-Parteichef Beck informiert sich in Afghanistan
Der deutsche SPD-Vorsitzende Kurt Beck ((M) nimmt an der Grundsteinlegung einer Mädchenschule in Kundus teil. Beck war zu einem mehrtägigen Informationsbesuch in Afghanistan eingetroffen. Nach Angaben seiner Staatskanzlei wollte der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz mit hochrangigen ISAF-Vertretern, Bundeswehroldaten, deutschen Vertretern ziviler Hilfsorganisationen und afghanischen Politikern zusammentreffen.
Fotos (3): dpa



Polizeiaufbau in Afghanistan
Deutsche Ausbilder und afghanische Schüler bei der Polizeiausbildung in der Polizeiakademie in Kabul Archivfoto vom 7.11.2006

ischem Vorbild zu modernisieren, was zum bewaffneten Widerstand rechtgläubiger Mudjahedin führte. Mit Hilfe der UdSSR, mit der am 5. Dezember 1978 ein „Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit“ geschlossen worden war, wollte man ab Ende 1979 das Land befrieden. Wie heute die Taliban der NATO, lehrten seinerzeit die Mudjahedin der 40. Armee der Sowjetunion das

on geworden, so die Feststellung des damaligen Generalsekretärs des Zentralkomitees der KPdSU, Michael Gorbatschow, im März 1986. In der Folge wurde anstelle einer weiteren militärischen Eskalation ein politischer Lösungsweg eingeschlagen, der von nicht wenigen auch heute wieder gefordert wird. Die damalige neue Politik hieß „Nationale Versöhnung“ und bedeutete schlicht: Die Afghanen sollten ihre Probleme selber lösen. Nach Durchsetzung dieser „Gorbatschow-Linie“ begann der Abzug, der am 15. Februar 1989 beendet war.

An der 50 Milliarden Dollar teuren „Operation Afghanistan“

hatten insgesamt 620.000 Angehörige der Armee teilgenommen. Von diesen waren 15.000 getötet und an die 40.000 verwundet worden. Beim Gegner blieb ein beäuschendes Gefühl der Macht, das der Kriegsveteran Osama Bin Laden präziserte: „Die wichtigste Erfahrung, die wir Muslime im Afghanistan-Krieg gemacht haben, bestand darin, dass wir eine Weltmacht zu Fall bringen konnten.“ Im darauf folgenden

„ Die wichtigste Erfahrung, die wir Muslime im Afghanistan-Krieg gemacht haben, bestand darin, dass wir eine Weltmacht zu Fall bringen konnten. “

Osama Bin Laden nach Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan

Wer sind die Taliban?

Taliban (arabisch-persischer Plural von talib „Suchender“ bzw. „Student“) bezeichnet eine Gruppe islamisch-sunnitischer Fundamentalisten, die mehrheitlich zur afghanisch-pakistanischen Ethnie der Paschtunen/Pathanen gehören.

Nach dem Abzug der sowjetischen Truppen formierten sich Ende 1994 die Taliban unter Führung von Mullah Mohammed Omar, setzten sich im afghanischen Bürgerkrieg durch und proklamierten 1997 einen Gottesstaat – aus Sicht der Taliban ein „Modell für die gesamte islamische Welt“. Aus Sicht der Welt die reaktionärste Klerikaldiktatur der Neuzeit (Diskriminierung von Frauen, archaisches Rechtssystem mit brutalen Körperstrafen, Massaker an ethnischen und religiösen Minderheiten). Das Emirat wurde von Pakistan, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Republik Tschetschenien anerkannt. Von 1996/97 bis 2001 war es „sicherer Hafen“ für die islamistische Militärorganisation al Qaida.

Jahr gründete sich in der UdSSR die – den Dihad propagierende – „Islamische Partei der Wiedergeburt (IPW)“. Zum Ende des darauf folgenden Jahres löste sich die Sowjetunion auf.

Sieg der Taliban – die schlimmste Botschaft für die Welt

Nach dem Abzug der Sowjettruppen hielt sich die sozialistische Regierung in Kabul noch bis April 1992, dann übernahmen die Mudjahedin die Macht. Sehr viel länger würde sich die Karsai-Regierung vielleicht auch nicht halten können, wenn im Sinne der Gorbatschow-Linie die NATO das Land verlassen (was das Bündnis zutiefst politisch beschädigen würde) und Afghanistan den Afghanen überlassen würde. Ein Sieg der Taliban wäre wohl



Was in Deutschland zur Selbstverständlichkeit gehört, ist den Taliban in Afghanistan ein Dorn im Auge: Frauen wählen einen Beruf – hier eine Polizeischülerin.

die Folge. Was würde dieser für die Welt bedeuten?

Nun, seine weit reichende Botschaft könnte lauten: Wir haben zum Ende des 20. Jahrhunderts die kommunistischen Soldaten der gottlosen Weltmacht Sowjetunion vertrieben. Anfang des 21. Jahrhunderts haben wir nun die ungläubigen Soldaten des westlichen Militärbündnisses NATO vertrieben. Wir „Kämpfer des rechten Glaubens“ können und werden jede Macht des „internationalen Unglaubens“ besiegen. Wir werden ihre Welten in ihren Ländern zerstören. Diese Bot-

schaft, verkündet aus einem erneut errichteten Gottesstaat (der Taliban) in Afghanistan, wäre desaströs für die Welt. Sie würde allen militant-islamistischen Bewegungen in allen Konfliktregionen Auftrieb geben: in Xinjiang (Ostturkestan-Konflikt) der VR China, in Kaschmir, im Nordkaukasus (Tschetschenien-Konflikt), im Nahen Osten (Palästina-Konflikt) und am Horn von Afrika (Somalia-Konflikt) – um die wichtigsten Brennpunkte zu nennen. Sie würde die Islamisten in Afghanistans Nachbarstaaten, insbesondere in Pakis-

GdP trauert

Am 15. August 2007, kurz vor dem Redaktionschluss dieser Ausgabe, erreichte uns eine erschütternde Nachricht aus Afghanistan: Wir trauern um KOK Jörg Ringel (31), POM Mario Keller (39), POM Alexander Stoffels (34), die bei einem gezielten Anschlag auf ein unter deutscher Flagge fahrendes Fahrzeug am Rande der afghanischen Hauptstadt Kabul getötet wurden. Ein weiterer Kol-

lege, POM Heiko Schmidt (35), wurde bei dem Anschlag verletzt. Die getöteten Kollegen, waren, wie der verletzte Kollege, mit Sicherheitsaufgaben in der deutschen Botschaft Kabul betraut. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen unserer Kollegen. Dem verletzten Kollegen wünschen wir eine baldige Genesung.

Die Redaktion

tan (Nuklearmacht!) stärken. Aber auch in Europa würde die Botschaft von den Radikalen unter den Millionen Muslimen vernommen werden. Die Gefahren religiös-motivierter terroristischer Anschläge würde hier, auch bei uns in Deutschland, dramatisch größer werden. Wer vor diesem Hintergrund heute den Rückzug aus Afghanistan fordert, sollte wissen, wem er damit in die Hände spielt. Wer zu früh (aus Afghanistan) geht, den „bestraft“ das (dihadterroristische) Leben.

Polizei-Ausbildung: Qualität statt Schnelldurchlauf

Ihr Einsatz liegt noch nicht lange zurück – mit welchen Gefühlen betrachten Sie ihn heute?

Aus heutiger Sicht schaue ich mit einem weinenden und einem lachenden Auge auf die 16 Monate in Afghanistan zurück. Das lachende Auge bedeutet, dass ich froh bin, wieder bei meiner Familie zu sein und die lange Trennung zu Ende ist. Das weinende Auge bedeutet, dass noch so viel in Afghanistan zu tun ist und ich mit meiner Arbeit nicht fertig geworden bin, trotzdem auch mein Nachfolger die begonnene Arbeit mit gleicher Zielrichtung fortsetzen will.

Worin bestand Ihre konkrete Aufgabe?

Als Referatsleiter für Aus- und Fortbildung im Deutschen Polizei-Projekt Büro Kabul hatte ich zum einen die qualitative Überwachung der Ausbildung mittlerer und gehobener Dienst an der Polizeiakademie in Kabul zu betreuen. Zum anderen galt es, die Fortbildung der im Dienst befindlichen afghanischen Polizisten zu organisieren. Zwei weitere Aufgaben kamen speziell für mich hinzu: Ich fungierte noch als Mentor des Abteilungsleiters Aus- und Fortbildung im afghanischen Innenministerium und war am Reformprozess und an der Neuorganisation der Afghan National Police (ANP) beteiligt.

Wie stellte sich dieses Aufgabenspektrum in der täglichen Arbeit dar?

Nachdem die Gebäude der Kabuler Polizeiakademie im Jahr 2002 mit deutscher Hilfe wieder gebrauchsfähig gemacht wurden, konnte der Lehrbetrieb mit den ersten Studenten wieder aufgenommen werden. Die Kabuler Polizeiakademie ist eine Einrichtung, die ausschließlich von Afghanen geführt wird und die von uns Deutschen mit Mentoren- und Beratertätigkeit aber auch mit Lehrtätigkeit begleitet wird. 251 Kadetten für den gehobenen Polizeidienst nahmen im August

2002 ihr dreijähriges Studium auf und wurden 2005 nach Graduation in den Einzeldienst entlassen. Das war für mich die erste Gruppe um eine Evaluierung der Ausbildungsinhalte durchzuführen. Des Weiteren haben wir das Lehrpersonal evaluiert und auch dort Verbesserungspotential entdeckt – z. B. dass die Studenten mehr Praxis erhalten sollten, um ihre gelernte Theorie ausprobieren zu können (Praktika in den bestehenden Polizeidistrikten verbieten sich, da hier aufgrund von mangelnder Qualität und bestehender Korruption keine vernünftige Polizeiarbeit vermittelt werden kann). So bekam die Kabuler Polizeiakademie ein „Tactical Training Center“, eine Art Tatorthaus an und in dem die Studenten von Maßnahmen, wie „Umstellung“ angefangen bis hin zur präzisen Tatortaufnahme, alles praktisch üben können. Ein Einführungslehrgang für das Lehrpersonal wurde zu Beginn von deutschen Trainern veranstaltet, begleitende Betreuung der Folgelehrgänge, die vom afghanischen Lehrpersonal gehalten wurden, diente dann der Qualitätssicherung.

Für das Lehrpersonal wurde nach deren Unterrichtsevaluierung ein Pflicht-Seminar für methodisch-didaktisches Arbeiten angeboten.

Das klingt relativ problemlos – gab es besondere Herausforderungen?

Eine besondere Herausforderung bestand darin, die Fortbildung kundenorientiert zu planen. Dazu muss man wissen, dass die Afghan National Police sich sehr heterogen zusammensetzt und eine Analphabetenrate von mehr als 50 % aufweist. Unter heterogener Zusammensetzung meine ich, dass man in vergleichbaren Positionen durchaus gut vorgebildete Polizisten mit polizeilicher Sozialisation und polizeilichem Spezialwissen finden konnte, aber auch der verdiente Mujahedin-Kämpfer anzutref-

fen war, der weder über polizeiliches Fachwissen verfügte noch Lesen oder Schreiben konnte.



POR Josef Völker, 51 Jahre, verheiratet, 4 erwachsene Söhne, bis September 2007: Inspektionsleiter PI Süd, KPB Mettmann, ab September 2007: Leiter Abteilungsstab, KPB Mettmann

Missionserfahrungen:

04/2001 – 04/2002

- Kosovo: Chief CAST Counselling and Support Team (Posttrauma-Prävention)

01/2006 – 05/2007

- Afghanistan: Referent Aus- und Fortbildung im Deutschen Projektbüro Kabul; Zuständig für die Belange der Aus- und Fortbildung der Afghan National Police (ANP).

d. h. u. a.

- Überwachung der Qualität der Ausbildung des mittleren und gehobenen Dienstes an der Kabuler Polizeiakademie

- Organisieren der Fortbildung für ausgebildete Polizisten (Basis- und Spezialfortbildung)

- Tätigkeit als Mentor des Abteilungsleiters Aus- und Fortbildung im afghanischen IM

- Mitwirkung an der Reform und Neuorganisation der ANP

So war es notwendig, für qualifizierte Polizisten, spezialisierte Lehrgänge anzubieten, – z. B. Brand-, Todesermittlungs-, Rauschgiftlehrgänge, Managementkurse, Verkehrslehrgänge etc. – und für die weniger oder schlecht qualifizierten Polizisten Basislehrgänge, um zumindest die einfachsten Maßnahmen und Menschenrechtstandards zu vermitteln.

Und Ihre Mentorenaufgaben ...?

Als Mentor hatte ich die Aufgabe, so weit als möglich die Arbeit des Abteilungsleiters für Aus- und Fortbildung im afghanischen IM zu begleiten und durch Prozessanalyse den Arbeitsablauf effizient und durch überzeugende Beeinflussung sinnvoll zu gestalten. – Soweit die Theorie.

Es hat einige Monate des Abtastens gedauert, bis ich zu meinem Mentee (Generalmajor Ahmad Zai) ein Vertrauensverhältnis aufgebaut hatte, welches ein gemeinsames Arbeiten ermöglichte.

Für Westeuropäer ist es absolut notwendig die Arbeitsprozesse der Afghanen über längere Zeit auf sich wirken zu lassen. Nur so lernt man Verstehen und Begreifen und erkennt die Möglichkeiten zur Veränderung und Verbesserung. Es wird fast immer personenorientiert geführt, es findet keine Delegation von Aufgaben und Verantwortung statt (mangelndes Vertrauen untereinander gibt es überall) und die Büroorganisation mit einem ständigen Kommen und Gehen, permanentem Telefonklingeln auf Festnetz und Handy gleicht dem Treiben auf einem Bazar und greift besonders die Nerven von sendungsbewussten Mentoren an.

Dennoch haben wir im Verlauf der Zeit einige gute Ergebnisse erarbeitet: u. a. einen akzeptablen Entwurf zur Karriere- und Laufbahnplanung innerhalb der

Polizei. Und die Organigramme für die Abteilung AuF im Ministerium sowie der Polizeiakademie wurden überarbeitet und stehen vor der Umsetzung.

Fruchtbare Arbeit als Mentor kann meines Erachtens erst nach einer gewissen Anlaufphase beginnen, denn ohne Vertrauen zueinander lassen sich keine Erfolge erzielen. Die Afghanen sind stolze Leute und lassen sich nicht gerne bevormunden, gehen deshalb oft ihren eigenen Weg. Nur wenn im Binnenverhältnis die Überzeugung vorhanden ist, dass die gemachten Ratschläge sinnvoll sind und in die gewünschte Richtung führen, ist eine Kooperationsbereitschaft vorhanden. Im Hinblick auf eine lange produktive Phase ist deshalb die Verweildauer für Mentoren eine wichtige Frage und sollte aus meiner Sicht nicht unter einem Jahr liegen.

In der afghanischen Polizei gab es bekanntlich eine „Führungskonzentration“, doch die Arbeit muss letztlich auf der Straße gemacht werden. Wie wurde das Problem gelöst?

Die afghanische Polizei war in ihrer alten Struktur sehr kopflastig. So gab es noch im Jahr 2005 über 300 Generäle, mehr als 7.000 Obristen (Major bis Oberst) in Amt und Würden und nur vergleichsweise wenige Polizisten auf der Arbeitsebene. Das sollte durch eine so genannte „Pay and Rankreform“ geändert werden. Der Personalkörper Polizei sollte einen pyramidenförmigen Aufbau erhalten und dessen Bedienstete sollten danach ausreichend Gehalt beziehen, um damit ihre Familien ernähren zu können. Es sollten also ca. 120 Generäle und ca. 1.200 Obristen ausgewählt werden, die künftigen Führungspositionen zu besetzen. Das Verfahren bestand in einem schriftlichen Test mit polizei- und menschenrechtsspezifischen Fragen, der Personalaktenbewertung (wie viel polizeilicher Hintergrund ist für den jeweiligen Kandidaten vorhanden) und für die Generäle zusätzlich aus einem Interview, welches bepunktet wurde. Das

Gesamtergebnis wurde in eine Liste eingetragen und so konnten leicht die besten Kandidaten ermittelt werden. Dieses Verfahren wurde von den Internationalen (Amerikaner und Deutsche) aktiv unterstützt und begleitet, weil es von uns als gerecht und fair betrachtet wurde.

Die eigentliche Auswahl der Führungskräfte oblag allerdings den Afghanen und führte zu manch fragwürdiger Benennung.

Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die Aufbauarbeit insbesondere im Polizeibereich in Afghanistan dar?

Im Bereich der Polizeiausbildung gibt es eine traditionelle Kooperation zwischen Afghanistan und Deutschland. In den 50er, 60er und 70er Jahren des 20. Jh. wurden afghanische Polizei-offiziere teils in Münster-Hiltrup oder durch deutsche Ausbilder in Kabul an der Akademie ausgebildet. Auf diese Offiziere trifft man überall und mit Stolz erzählen sie aus der vergangenen Zeit und der guten Ausbildung, die sie seinerzeit genießen durften.

Wenn Sie nun hier nach der Aufbauarbeit Polizei fragen, muss ich diese weiter differenzieren. Ich erwähnte, dass in Kabul an der dortigen Akademie der mittlere und gehobene Dienst – maßgeblich beeinflusst und begleitet durch deutsche Beratung – ausgebildet wird.

Die Masse des Polizeikörpers macht aber der einfache Dienst aus. Diese werden in den so genannten RTC's (Regional Training Center) und dem CTC (Central Training Center in Kabul) ausgebildet oder sprachlich besser ausgedrückt, angelehnt. CTC und RTC's stehen unter amerikanischem Einfluss und die Ausbildungsprogramme sind überwiegend amerikanisch geprägt. In nur 8 Wochen erhalten dort die Bewerber einen Schnelldurchlauf in Sachen Rechte, Pflichten und Aufgaben der Polizei lernen mit Waffen umzugehen und werden danach direkt in die Polizeidistrikte geschickt, um fortan als „fertige“ Polizisten Dienst zu versehen. Diese Methode Ausbildung pro-

duziert aus meiner Sicht mehr Masse statt Klasse.

Unser Ansatz zielt auf Qualität in der Ausbildung ab. Nur ein gut und fundiert ausgebildeter und mit demokratischen Prinzipien vertrauter Polizist kann die erforderliche Polizeiarbeit leisten und die wichtige Bedeutung von vertrauensvoller Zusammenarbeit von Polizei und Bevölkerung für die innere Sicherheit Afghanistans richtig einschätzen. Aber dieser Ansatz benötigt Zeit und die positiven Ergebnisse lassen sich in der Regel nicht direkt messen.

Seit 2002 haben an der Kabuler Polizeiakademie 868 Studenten mit der Graduierung zum gehobenen Dienst und mehr als 2.600 Studenten mit der Graduierung zum mittleren Dienst die Ausbildung abgeschlossen. Über 17.000 Polizisten sind seit 2002 durch Deutsche in unterschiedlichen Disziplinen fortgebildet worden. Das ist der Beitrag, auf den ich persönlich stolz bin und von dem ich glaube, dass die vermittelten Inhalte nachhaltig wirken.

Natürlich reicht das nicht. Die Entwicklung Afghanistans ist eng mit der inneren Sicherheit verknüpft. Ohne innere Sicherheit können sie keine Rahmenbedingungen für eine florierende Wirtschaft entwickeln. Ohne garantierte innere Sicherheit bleibt die Bevölkerung verunsichert und damit anfällig für „anderes“ Gedankengut. Der Schlüssel zum Erfolg führt also über die innere Sicherheit. Innere Sicherheit gewährleisten sie jedoch nur mit einem funktionierenden Polizeiapparat.

Wenn sie den qualitativen Ansatz wählen und eine fähige, gute, zivile Polizei produzieren wollen, dann müssen sie sich an den vorhandenen Kapazitäten ausrichten.

Die Kabuler Akademie fasst maximal ca. 1.500 Studenten und damit ist sie zurzeit auch ausgelastet.

Wollen sie mehr Studenten ausbilden, müssen sie zum einen mehr Platz zur Verfügung haben und benötigen zum anderen mehr qualifiziertes Lehrperso-

nal. Beides ist nicht leicht in kurzer Zeit zu bekommen.

Ich denke auch, dass wir im Jahr 5 nach den Taliban mit dem Erreichten durchaus zufrieden sein können. Wären die Rahmenbedingungen in Afghanistan günstiger, könnten wir uns mit dem Wissen zufrieden zurücklehnen, dass Maximale aus den vorhandenen Bedingungen gemacht zu haben.

Jedoch erleben wir zurzeit eine Verschärfung der Sicherheitssituation, was aber deshalb nicht den Schluss zulässt, dass die Ausbildung der Polizisten schlecht wäre oder zu lange dauere.

Man muss hier andere, der Situation angepasste Wege beschreiten, z.B. Spezialeinheiten aufbauen, die Kooperation mit dem Militär verbessern und die Führungsfähigkeit der Polizeiführer in den Provinzen verbessern.

Der letztere Ansatz ist ein Erfolg versprechender Ansatz, den man künftig aus meiner Sicht weiter fördern sollte. Gelingen kann dies durch das Mentoring der Polizeiführer in den Provinzen und Distrikten. Neben den Amerikanern plant auch die EU (sie hat das Deutsche Polizei Projektbüro in Kabul seit Juni 2007 übernommen und führt bestimmte Aufgaben als EU Mission weiter) diesen Ansatz zu intensivieren, denn er verspricht eine Verbesserung der Führungsleistung in kurzer Zeit und damit nach richtiger Beurteilung der Lage einen ausgewogenen und koordinierten Einsatz von Polizeikräften, Spezialeinheiten und ggf. Militär. Allerdings ist dieser Ansatz sehr personalintensiv und aufgrund der Sicherheitslage in den betroffenen Provinzen nur mit erheblichem Aufwand durchführbar.

Woran liegt es, dass man offenbar die angestrebten Ziele noch nicht erreichen konnte?

Dazu liegen mir zwar keine fundierten Informationen vor, aber es ist inzwischen viel erreicht worden und der zivile Aufbau ist im Fluss. Wenn sie allerdings die militärischen Ziel-

setzungen betrachten, lohnt sich ein Blick in die afghanische Geschichte:

In fast jeder umstrittenen Epoche gelang es den Aggressoren oder den Regierungskräften nicht, ganz Afghanistan unter Kontrolle zu bekommen. Ob es die Briten im 19. Jahrhundert waren, die Sowjets im 20. Jahrhundert oder auch die Taliban,



Arbeitssitzung zur Überarbeitung der Struktur der Kabuler Polizeiakademie mit dem Leiter der Akademie Generalleutnant Qudussi und dessen Stellvertreter Generalmajor Zhal. Foto: Völker

keinem ist es gelungen, durchgängig überall in Afghanistan Macht auszuüben. Immer wieder sind es u. a. die besonderen geografischen Gegebenheiten, die eine 100%ige Kontrolle unmöglich machen.

Was müsste jetzt folgen?

Um diese Frage zu beantworten, muss man zunächst einen gesamtheitlichen Blick auf das Land und deren Leute richten.

Die Afghanen erleben seit knapp 30 Jahren ständig Zeiten der kriegerischen Auseinandersetzungen. Ob es die sowjetische Besatzung war oder die Auseinandersetzungen im Bürgerkrieg, die Herrschaft der Taliban, in allen Zeitabschnitten kämpfte man ums Überleben, befand sich im Krieg als Kämpfer oder war auf der Flucht. Alle litten dabei unter eingeschränkten Bildungsmöglichkeiten. So gesehen fehlt hier eine komplette Generation mit einer normalen gesellschaftlichen Sozialisation.

Diese Lücke stopft man nicht mal eben mit Geld und guten Absichten. Man benötigt dazu insbesondere Zeit, um eine neue Generation zu erziehen und ihr verbindliche Werte zu vermitteln.

Ein weiteres Problem sind die Ausmaße der Zerstörungen in Kabul und in den Provinzen während der Besatzungszeit und des

nistan nie unwohl oder auch gefährdet gefühlt.

Zu meiner Zeit waren deutsche Polizisten kein Ziel für Anschläge irgendwelcher Art, obwohl auch nie auszuschließen war, dass man zufällig in eine brenzlige Situation hätte geraten können. Für unsere Sicherheit wurde ein großer anerkannter Aufwand betrieben: Wir wohnten gut geschützt und von hohen Mauern umgeben auf einem eigenen Compound. Wir nutzten für Ausfahrten in Kabul und Umgebung immer sondergeschützte Fahrzeuge, die uns ein Maximum an Sicherheit für unterwegs boten. Bei besonders heiklen Lagen haben wir uns regelmäßig selbst beschränkt und nur innerhalb unserer Unterkunft gearbeitet.

Und so kommt es, dass man ein normales Leben lebte ohne die täglichen Nachrichten ganz an sich ran zu lassen.

Außerdem wird von jedem das Leben vor Ort immer anders empfunden, als es diejenigen empfinden die zu Hause ein durch Medienberichte eingetribbles Bild vermittelt bekommen.

Wie stand Ihre Familie zu Ihrem Afghanistan-Einsatz?

Mein Afghanistaneinsatz war seit April 2005 in Vorbereitung. Die Situation war zu dieser Zeit eine völlig andere als sie sich heute darstellt. Diese lange Vorlaufzeit hat mir die Chance auf eine perfekte Vorbereitung geboten.

Mein Einsatz wurde deshalb von meiner Frau und den Kindern mitgetragen, insbesondere weil die Ausrichtung der Aufgabe ganz auf mich zugeschnitten war.

In Kabul war es mir immer wichtig, bei Zwischenfällen schnell nach Hause zu melden, dass bei mir alles in Ordnung ist. Das trug enorm dazu bei, dass sich keine Ängste aufbauten, die zu einer psychischen Belastung hätten werden können.

Heute sind wir gemeinsam der Meinung, dass es gut ist, dass der Einsatz für mich abgeschlossen ist.

Bürgerkrieges. Große Teile der Infrastruktur sind außer Funktion und müssen erst wieder aufgebaut werden. Auch hierfür benötigt man neben Geld die nötige Zeit für den Wiederaufbau.

Ich denke, dass die internationale Gemeinschaft trotz der Rückschläge hier auf dem richtigen Weg ist und ich bin überzeugt, dass sich die aufgebrachte Geduld schon mittelfristig auszahlen wird.

Würden Sie noch einmal nach Afghanistan gehen?

Ich war jetzt 16 Monate dort. Die Arbeit war spannend, interessant, herausfordernd und anstrengend und hat mir in puncto interkulturelle Kompetenz eine Menge gegeben. Die Zeit ist nun zu Ende. Ich habe nun in meiner Polizei neue Aufgaben übernommen, denen ich mich widmen und ihnen meinen Stempel aufdrücken will.

Ich habe mich bis zu meiner Ausreise im Mai 2007 in Afgha-